

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege
am 24.01.2012**

um 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Jutta Velte

Ratsmitglied

Herr Günter Bender

Herr York Edelhoff

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Klaus Küster

Herr Ernst Otto Mähler

Frau Elke Rühl

Herr Hans Lothar Schiffer

Frau Rosemarie Stippekoehl

Sachkundiger Bürger

Herr Florian Böker

Herr Alexander Ernst

Herr Karl-Heinz Heß

für Herrn Hans Herbert Wilke

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Jens Nettekoven

für Herrn Sven Wolf

Herr Sigmar Paeslack

Herr Hans-Jörg Röntgen

Herr Volker Rudolf Zahnweh

Beratendes Mitglied

Herr Klaus Lellek

Zuhörer

Herr Mike Giera

EWR GmbH

vom Seniorenbeirat

Herr Georg Gregull

von der Verwaltung

Herr Jens Fischer

Fachdienst 1.31 - Umwelt

Herr Gerald Hein

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Herr Ulrich Hennig

Fachdienst 3.41.4 - Deutsches Röntgen-Museum

Herr Oliver Jilg

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Herr Udo Quadflieg

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleitplanung

Herr Jörg Schubert

Fachdienst 3.62 - Vermessung, Kataster und Liegenschaften

Herr Hans-Gerd Sonnenschein

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und Wirtschaft

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleitplanung

Herr Karl Bernhard Wiedenhoff

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Herr Hans Herbert Wilke

Herr Sven Wolf

Tagesordnung

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2011 |
| 3 | | "Panoramaradweg Balkantrasse" - Teil 1 - |
| 3.1 | | Projekt "Balkantrasse"
- Mdl. Sachstandsbericht der EWR GmbH |
| 3.2 | 14/1598 | Beschilderung der Balkantrasse |
| 4 | 14/1511 | Bebauungsplan Nr. 637
Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der
Bahnstrecke
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegan-
genen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbar-
gemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO
NRW)
4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB) |
| 5 | 14/1611 | Priorisierung der Straßenplanungen in Remscheid; Gespräch mit dem
Landesbetrieb Straßenbau NRW am 10.01.2012 |
| 6 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 1 - |
| 6.1 | | Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Eisenstein
- Anfrage Herr Mähler |
| 6.2 | | Stand der Planungen zum Designer-Outlet-Center (DOC) an der Blume
- Anfrage Herr Nettekoven |
| 6.3 | | Betriebshof der Abellio Rail NRW GmbH am Hauptbahnhof
- Anfrage Herr Bender |
| 6.4 | | Sachstandsbericht zur Müngstener Brücke
- Anfrage Frau Stippe Kohl |
| 7 | | "Panoramaradweg Balkantrasse" - Teil 2 - |
| 7.1 | | "Die Balkantrasse" - Eine Dokumentation von Klaus Lellek |
| 8 | 14/1456 | Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in der operativen Grün-
flächenunterhaltung
Bericht über den Stand der Umsetzung
Haushaltskonsolidierung: Maßnahme M.4 (Ifd.Nr. 267) zum Produkt
13.01.01 |

- 9** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 10** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 10.1** Lärmschutz an der BAB A1
- 11** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 12** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 13** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 13.1** 14/1626 Prüfauftrag X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 19.01.2012
- 14** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 2 -
- 14.1** Ausstellung von Glasnegativen im Deutschen Röntgen-Museum
- Anfrage Herr Küster
- 15** 14/1269 Festsetzung der Überschwemmungsgebiete für den Morsbach und den Müggenbach Stellungnahme der Stadt Remscheid zum o.g. Verfahren
- 16** 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen
- 17** 14/1396 BP 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
- 18** 14/1515 BP 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
- 19** 14/1400 Beschluss über den Mehr- und Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 327 – Baisieper Straße, Baisieper Hof, Struck-, gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB

- | | | |
|-----------|---------|---|
| 20 | 14/1508 | Beschluss über den Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Fluchtlinienplanes Nr. 41 - Lobach-Dicke Eiche - gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB |
| 21 | 14/1517 | Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Richard-Lindenberg-Platzes |

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Dem Ausschuss liegen per Nachtrag zugestellt der Antrag der CDU-Fraktion vom 19.01.2012 mit dem Titel „Prüfauftrag X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn“ sowie die Drucksache 14/1611 vom 17.01.2012 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegt dem Ausschuss per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 14/1598 vom 12.01.2012 zur Beratung vor.

Herr Edelhoff stellt im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die Beratung zu dem Punkt

- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen

so lange zurückzustellen, bis die SPD-Fraktion den Abschluss ihrer hierzu laufenden Beratung bekannt gegeben hat.

Herr Ernst bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang darum, den Fraktionen für ihre Beratungen die in vorliegender Drucksache enthaltenen Abbildungen und Karten in einer weiter aufbereiteten, besser lesbaren Form zukommen zu lassen.

Herr Edelhoff stellt darüber hinaus im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die zurzeit in das politische Beratungsverfahren eingestellte Drucksache

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)

auch im Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege zur Beratung zu stellen.

Frau Stippe Kohl schließt sich im Namen der CDU-Fraktion diesem Wunsch an. Allerdings weist Frau Stippe Kohl darauf hin, dass die Beratung über besagte Drucksache nach ihrer Kenntnis in den bisher beteiligten politischen Gremien wegen Beratungsbedarf in den Fraktionen zurückgestellt worden sei. Deshalb empfiehlt Frau Stippe Kohl der Vorsitzenden, diese Drucksache in Abhängigkeit zum Stand der fraktionsinternen Beratungen in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Schiffer bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang darum, den Fraktionen die in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid angesprochene Auflistung zukommen zu lassen.

Herr Sonnenschein stellt hierzu fest, dass die Verwaltung besagte Unterlage bereits in die Zustellung gegeben habe.

Frau Velte stellt daraufhin die von der Verwaltung empfohlene Erweiterung der Tagesordnung wie auch die gestellten Anträge zur Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss: (17 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 14/1626
Prüfauftrag X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 19.01.2012
- 14/1611
Priorisierung der Straßenplanungen in Remscheid; Gespräch mit dem Landesbetrieb
Straßenbau NRW am 10.01.2012

und

- 14/1598
Beschilderung der Balkantrasse

erweitert.

Beschluss: (17 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Beratung zu dem Punkt

- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen

wird so lange zurückgestellt, bis die SPD-Fraktion den Abschluss ihrer hierzu laufenden Beratung bekannt gegeben hat.

Beschluss: (17 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Drucksache

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)

wird in einer der nächstfolgenden Sitzungen des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege zur Beratung gestellt.

Auf Wunsch der Verwaltung wird die Beratung zur Drucksache

- 14/1611
Priorisierung der Straßenplanungen in Remscheid; Gespräch mit dem Landesbetrieb
Straßenbau NRW am 10.01.2012

unter Punkt 5 (neu) geführt.

Ebenfalls auf Wunsch der Verwaltung wird der Punkt 13 (alt), dies ist die Drucksache

- 14/1511
Bebauungsplan Nr. 637
Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der Bahnstrecke
 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
 2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
 3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW)
 4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

in der Beratungsfolge nach vorne gezogen und unter Punkt 4 (neu) geführt.

Auf Anregung aus dem Kreise der Ausschussmitglieder werden die Beratungen zu dem Punkt

- „Panoramaradweg Balkantrasse“

in zwei Teilabschnitten unter Punkt 3 und Punkt 7 (neu) sowie zu dem Punkt

- Anfragen der Ausschussmitglieder gem. 12.3 der Geschäftsordnung

ebenfalls in zwei Teilabschnitten unter Punkt 6 (neu) und Punkt 14 (neu) geführt.

Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte verändert sich entsprechend.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2011

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. "Panoramaradweg Balkantrasse" - Teil 1 -

3.1. Projekt "Balkantrasse" - Mdl. Sachstandsbericht der EWR GmbH

Herr Giera von der EWR GmbH stellt in einer PowerPoint Präsentation das Projekt „Balkantrasse“ vor und geht hierbei auf die Hintergründe, die Aufgabenstrukturen in der Zusammenarbeit zwischen EWR GmbH und Stadtverwaltung und auf Einzelmaßnahmen des Projektes näher ein. Herr Giera schließt seinen Vortrag mit einer zusammenfassenden Darstellung der geplanten Termine zu den Fortführungs- und Abschlussarbeiten für das Projekt und weist hierbei auf den 22.04.2012 als den ins Auge gefassten Termin für die Einweihung des Panoramaradwegs Balkantrasse hin.

Herr Hein ergänzt den Vortrag und spricht ebenfalls in einer PowerPoint Präsentation weitere Details des Projektes an. So stellt Herr Hein anhand eines Lageplanes und einer tabellarischen Übersicht die einzelnen Anbindungspunkte der Trasse an das städtische Straßen- und Wegenetz mit Wegweisung vor und gibt nähere Informationen zu den baulichen Maßnahmen zur Herstellung des Fuß- und Radwegs wie auch zur Sanierung bzw. zum Wiederaufbau der im Verlauf der Balkantrasse gelegenen Brückenbauwerke mit ergänzenden Informationen zu Kosten und Finanzierung. Abschließend weist Herr Hein auf die darüber hinausgehend be-

triebenen Überlegungen und Planungen einer Verknüpfung der Balkantrasse mit weiteren Fuß- und Radwegetrassen im bergischen Raum hin.

Auf Nachfrage von Frau Stippe Kohl stellt Herr Hein im Anschluss an die Vorträge das von der Verwaltung in der vorliegenden Drucksache 14/1598 (siehe TOP 3.2) näher beschriebene Konzept zur Beschilderung der Balkantrasse unter verkehrstechnischen, wegweisenden und touristischen Gesichtspunkten noch einmal zusammenfassend vor.

Herr Edelhoff greift diese Ausführungen auf und regt an, die Frage der Vermarktung des Fuß- und Radwegs „Balkantrasse“ mit Hilfe entsprechender Werbemaßnahmen unter den Stichworten „Tourismus“ und „Freizeit“ in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses noch einmal aufzugreifen und vertiefend zu erörtern.

Des Weiteren bittet Herr Edelhoff die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, die nach dem Vortrag mit grobem Schottermaterial belegten Randstreifen des asphaltierten Fuß- und Radwegs mit geeigneten Maßnahmen im Sinne einer leichteren Begehrbarkeit zu optimieren.

Die Darstellungen der PowerPoint Präsentationen von EWR GmbH und Verwaltung zum Projekt „Balkantrasse“ werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

3.2. Beschilderung der Balkantrasse **Vorlage: 14/1598**

(Beratung siehe TOP 3.1)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Bebauungsplan Nr. 637 **Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der Bahnstrecke**

- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
- 2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)**
- 3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW)**
- 4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB)**

Vorlage: 14/1511

Die der Drucksache 14/1511 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die öffentliche Auslegung, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, der Ergebnisbericht über die Behördenbeteiligung, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Behördenbeteiligung, der Bebauungsplan Nr. 637, die Entscheidungsbegründung zu dem Bebauungsplan Nr. 637, die Anlagen 1 bis 4 zur Entscheidungsbegründung sowie die personenbezogenen Daten zur öffentlichen Auslegung und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung (Planaushang vom 17.10.2011 bis 18.11.2011) des Bebauungsplanes Nr. 637 – Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der Bahnstrecke – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind zu unterrichten.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt auch der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 2) vorgelegt.

2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der Behördenbeteiligung (Anschreiben vom 30.09.2011) zu dem Bebauungsplan Nr. 637 – Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der Bahnstrecke – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 3 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt zusätzlich der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) vorgelegt.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 637 – Gebiet Vieringhausen, zwischen der Straße Vieringhausen und der Bahnstrecke – wird gem. § 10 Abs.1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW als Satzung beschlossen (Anlage 5). Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung (Anlage 6).

Der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 637 ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

Der Bebauungsplan Nr. 637 weicht in Teilen von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ab. Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst.

**5. Priorisierung der Straßenplanungen in Remscheid; Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW am 10.01.2012
Vorlage: 14/1611**

Herr Sonnenschein fasst die in vorliegender Drucksache beschriebenen Ergebnisse des Gespräches beim Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW noch einmal zusammen und erneuert an dieser Stelle die Empfehlung der Verwaltung an den Rat der Stadt, gegenüber Bund und Land noch einmal in aller Deutlichkeit seinen Wunsch nach Weiterführung der Straßenplanungen zur B 51 n wie auch zur B 237 n wegen ihrer Auswirkungen auf die auf örtlicher Ebene bereits erörterten kommunalen Projekte und Planungen zum Ausdruck zu bringen.

Frau Stippe Kohl schließt sich den Darstellungen der Verwaltung an und stellt heraus, dass für die B 237 n, insbesondere aber – so die ihres Wissens bisher einhellig vertretene Meinung der Ausschussmitglieder – für die B 51 n ein vordringlicher Bedarf bestehe. Deshalb regt Frau Stippe Kohl an, der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege möge der Empfehlung der Verwaltung folgen und dem Rat der Stadt anempfehlen, noch einmal einen eindringlichen Appell an Land und Landesbetrieb Straßen NRW zu richten mit dem Tenor, vor allem die Planungsmaßnahme zur B 51 n in der Priorisierungsliste wieder nach vorne zu setzen.

Herr Edelhoff führt diese Überlegung fort und schlägt vor, der Ausschuss möge die Verwaltung beauftragen, zu dieser Thematik einen schriftlichen Bericht mit einer zusammenfassenden Darstellung der aus Sicht der Stadt für die B 51 n maßgeblichen Argumente und einem klar umrissenen und eindeutig formulierten Beschlussvorschlag auszuarbeiten und dem Rat der Stadt, gegebenenfalls auch mit Vorberatung im Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Ernst regt ergänzend hierzu an, den hier aufgeworfenen Fragenkomplex zur Einstufung der besagten Projekte innerhalb der Priorisierungsliste des Landes vielleicht auch einmal mit einem Vertreter des Landes oder des Landesbetriebs Straßen NRW in einer Sitzung des Ausschusses persönlich zu erörtern.

Frau Rühl empfiehlt, den erwähnten Auftrag an die Verwaltung zu erweitern und noch mit aufzunehmen, dass die Verwaltung bei zuständiger Stelle in Erfahrung bringen möge, aus welchen Gründen man die in Rede stehenden Straßenplanungsprojekte und hier insbesondere die B 51 n in ihrer Priorität zurückgestuft hat und mit welchen Zahlen man diese Rückstufung auch im Hinblick auf die nach ihrer Kenntnis in einer Mitteilung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verkündete Bereitstellung von zusätzlichen Bundesmitteln für den Straßenbau in einer Größenordnung von 1 Milliarde Euro konkret belegt.

Herr Schiffer sieht auch mit Blick auf die ausdrücklich erklärte Zielrichtung der von der Landesregierung verfolgten Verkehrspolitik die Notwendigkeit, die in Rede stehende Thematik unter anderem auch im Regionalrat zur Sprache zu bringen. Hierfür sei es aus seiner Sicht sehr hilfreich, wenn die Verwaltung eine entsprechende, vom Rat der Stadt zu verabschiedende Resolution ausarbeiten und vorlegen würde.

Herr Heuser greift die Ausführungen der Verwaltung zu einem in den Raum gestellten Ausbau der Verkehrsknotenpunkte Trecknase und Rader Straße / Ringstraße als Ersatz für die nicht mehr weiter zu verfolgende Planung einer B 229 n zwischen Trecknase und Rader Straße auf und richtet die Frage an die Verwaltung, ob und inwieweit man in diese Überlegungen auch den seit geraumer Zeit diskutierten Verkehrsknoten Eisenstein mit aufnehmen könnte.

Herr Sonnenschein nimmt zu dieser Anfrage Stellung und gibt hier zu bedenken, dass man bereits die in vorliegender Drucksache genannten Verkehrsknoten-Ausbaumaßnahmen nach Einschätzung der Verwaltung auch mit Blick auf die bekanntermaßen äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt nur mit dem hier dargestellten Finanzierungsmodell werde durchführen können, wobei man berücksichtigen müsse, dass man hierfür zusätzlich auch Finanzmittel der Stadt als Eigenanteil in einer noch näher zu ermittelnden Größenordnung in den Haushalt werde einstellen müssen. Erschwerend komme hinzu, dass wie in vorliegender Drucksache erwähnt damit zu rechnen sei, dass die hier angesprochenen Fördermittel in den nächsten Jahren in ihrem Umfang wohl deutlich zurückgefahren werden.

Frau Velte fasst die Ergebnisse der Aussprache zusammen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung, dass der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege die Verwaltung beauftragen möge, einen schriftlichen Bericht zur Priorisierung der Straßenplanungen zur B 51 n und B 237 n mit einer zusammenfassenden Darstellung der aus Sicht der Stadt maßgeblichen Argumente für die Fortführung dieser Projekte auszuarbeiten und mit einem Beschlussvorschlag zu versehen, mit dem der Rat der Stadt noch einmal in aller Deutlichkeit seinen Willen und seinen Wunsch nach Weiterführung der Straßenplanungen zur B 51 n und B 237 n bekundet und zugleich den eindringlichen Appell an Bund und Land richtet, die Priorisierung dieser Projekte in der aktuellen Priorisierungsliste wieder nach vorne zu stellen und an ihrer ursprünglichen Position einzuordnen.

Herr Edelhoff bittet ergänzend mit aufzunehmen, dass die Verwaltung diese Beratungsunterlage so rechtzeitig versenden möge, dass den Fraktionen im Rat der Stadt noch ausreichend Zeit verbleibt, die Thematik in ihren internen Vorbesprechungen zu erörtern und abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen schriftlichen Bericht zur Priorisierung der Straßenplanungen zur B 51 n und B 237 n mit einer zusammenfassenden Darstellung der aus Sicht der Stadt maßgeblichen Argumente für die Fortführung dieser Projekte auszuarbeiten und mit einem Beschlussvorschlag zu versehen, mit dem der Rat der Stadt noch einmal in aller Deutlichkeit seinen Willen und seinen Wunsch nach Weiterführung der Straßenplanungen zur B 51 n und B 237 n bekundet und zugleich den eindringlichen Appell an Bund und Land richtet, die Priorisierung dieser Projekte in der aktuellen Priorisierungsliste wieder nach vorne zu stellen und an ihrer ursprünglichen Position einzuordnen.

Dieses Papier soll dem Rat der Stadt zu seiner nächstfolgenden Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden, wobei die Verwaltung gebeten wird, den Versand der Beratungsunterlage so rechtzeitig vorzunehmen, dass den Fraktionen im Rat der Stadt noch ausreichend Zeit verbleibt, die Thematik in ihren internen Vorbesprechungen zu erörtern und abzustimmen.

6. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 1 -

6.1. Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Eisenstein - Anfrage Herr Mähler

Herr Mähler greift die unter TOP 5 geführte Beratung zum Themenkomplex der Priorisierung der Straßenplanungen in Remscheid und den hier von Herrn Heuser gegebenen Hinweis auf die seit geraumer Zeit diskutierte Frage nach einem Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Eisenstein noch einmal auf und regt an, der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege möge zugleich auch einen Appell an die hier zuständige Stelle richten, dass auch dieses Projekt wegen seiner Bedeutung für den Stadtteil Lüttringhausen in seiner Priorisierung so eingestuft wird, dass ein Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Eisenstein in erreichbare Nähe rückt.

Frau Velte schlägt vor, dieses Thema im Zusammenhang mit dem von Herrn Nettekoven bereits in der vergangenen Sitzung des Ausschusses erbetenen Sachstandsbericht der Verwaltung zum Projekt „Neue Mitte Lüttringhausen“ zu erörtern und damit zugleich die Verwaltung zu bitten, in ihrer Berichterstattung auch auf diesen Fragenkomplex näher einzugehen.

Herr Edelhoff regt ergänzend an, die Verwaltung zu bitten, in ihren Bericht zum Verkehrsknotenpunkt Eisenstein auch Informationen zum technischen Zustand der vorhandenen Lichtsignalanlage und Angaben zu dem für den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage notwendigen Unterhaltungsaufwand mit aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Nettekoven skizziert Herr Sonnenschein den bisherigen Verfahrensablauf zum Projekt „Neue Mitte Lüttringhausen“ und kündigt hierzu wie auch zum Thema „Verkehrsknotenpunkt Eisenstein“ für die kommende Sitzung des Ausschusses eine weiterführende Berichterstattung der Verwaltung an.

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege bittet die Verwaltung um einen Bericht über den derzeitigen Bearbeitungsstand des Projektes „Neue Mitte Lüttringhausen“ unter Einbeziehung der im Raum stehenden Überlegungen und Planungen für einen Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Eisenstein mit ergänzenden Informationen zum technischen Zustand der vorhandenen Lichtsignalanlage und zusätzlichen Angaben zu dem für den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage notwendigen Unterhaltungsaufwand.

6.2. Stand der Planungen zum Designer-Outlet-Center (DOC) an der Blume - Anfrage Herr Nettekoven

Auf Nachfrage von Herrn Nettekoven informiert Herr Sonnenschein über den derzeitigen Stand der vorbereitenden Arbeiten für die Planungen zum Designer-Outlet-Center (DOC) an der Blume. Im Zuge seiner Ausführungen weist Herr Sonnenschein auf die fortlaufende Berichterstattung der Verwaltung über die aktuellen Entwicklungen zum geplanten Designer-Outlet-Center auf der Homepage der Stadt Remscheid hin, auf die jedermann über www.remscheid.de zugreifen könne.

6.3. Betriebshof der Abellio Rail NRW GmbH am Hauptbahnhof - Anfrage Herr Bender

Herr Bender greift die jüngste Presseberichterstattung zur aktuellen Entwicklung der Überlegungen und Planungen der Abellio Rail GmbH zur Errichtung eines Betriebshofs am Hauptbahnhof Remscheid auf und bittet die Verwaltung um Beantwortung der Fragen, welche konkrete Stelle das Unternehmen Abellio nunmehr für seinen geplanten Betriebshof am Haupt-

bahnhof ins Auge gefasst hat, ob zurzeit noch über Alternativstandorte nachgedacht wird und ob und inwieweit die Überlegungen zum ursprünglich favorisierten Standort im Bereich Bahnhof Lennep endgültig aufgegeben sind.

Herr Sonnenschein nimmt zu der Anfrage Stellung und berichtet, dass sich Abellio entschieden habe, seinen Betriebshof in Remscheid am Hauptbahnhof im Bereich des Baufeldes 6 errichten zu wollen. Weitere Detailfragen zu diesem Vorhaben seien nun in einem in Kürze stattfindenden Gespräch zu klären und abzustimmen. Wie Herr Sonnenschein ergänzend hierzu anmerkt, habe Abellio darüber hinaus auch noch andere Standorte außerhalb von Remscheid in die Überlegungen eingestellt.

6.4. Sachstandsbericht zur Müngstener Brücke - Anfrage Frau Stippekoehl

Frau Stippekoehl greift die jüngste Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn AG zur Bekanntgabe der Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Frage einer Sanierung der Müngstener Brücke auf und bittet die Verwaltung, dem Ausschuss die hier getroffenen Kernaussagen der DB AG in komprimierter Form zur Kenntnis zu geben und soweit möglich mit aktuellen Daten und Fakten anzureichern. So wäre aus ihrer Sicht beispielsweise interessant zu erfahren, welche zeitliche Ablaufplanung die DB AG für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen an der Müngstener Brücke im Einzelnen ausgearbeitet hat.

Des Weiteren bittet Frau Stippekoehl die Verwaltung, zu recherchieren und darüber zu berichten, in welcher Form und in welchen zeitlichen Abläufen die DB AG die im Rahmen der erwähnten Veranstaltung ebenfalls angesprochene Sanierung der Röhren des Tunnels Rauental plant.

7. "Panoramaradweg Balkantrasse" - Teil 2 -

7.1. "Die Balkantrasse" - Eine Dokumentation von Klaus Lellek

Herr Lellek erhält Gelegenheit, einen von ihm persönlich angefertigten und kommentierten Film über Beginn und Fortschritt der Bauarbeiten zur Anlage des Fuß- und Radwegs Balkantrasse mit einer kurzen historischen Einführung zu präsentieren.

Der Ausschuss nimmt die Vorführung zur Kenntnis.

8. Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in der operativen Grünflächenunterhaltung Bericht über den Stand der Umsetzung Haushaltskonsolidierung: Maßnahme M.4 (Ifd.Nr. 267) zum Produkt 13.01.01 Vorlage: 14/1456

Herr Jilg gibt die von der Verwaltung erbetenen Auskünfte und stellt mit einer PowerPoint Präsentation den in vorliegender Drucksache beschriebenen Sachverhalt zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im operativen Bereich der Grünflächenunterhaltung des Fachdienstes 3.67 – Grünflächen und Friedhöfe noch einmal ausführlich vor. Im Anschluss steht Herr Jilg für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

10.1. Lärmschutz an der BAB A1

Herr Hein setzt die Berichterstattung der Verwaltung in Sachen „Lärmschutz an der BAB A1“ fort und informiert über die aktuelle Entwicklung. Wie Herr Hein hierzu ausführt, habe er vom Landesbetrieb Straßen NRW kürzlich die Auskunft erhalten, dass man dort in der kommenden Woche in der strittigen Frage einer möglicherweise fehlerhaften Ausführung der Betonstützen zu einem Gespräch mit der Bauunternehmung zusammenkomme. Von dem Ergebnis dieses Gespräches mache Straßen NRW die weitere Vorgehensweise abhängig.

Im Übrigen habe Straßen NRW noch einmal seine Bereitschaft bestätigt, dem Ausschuss für Fragen zu diesem wie auch zu anderen Straßenbauprojekten zur Verfügung zu stehen

Herr Nettekoven ruft bei dieser Gelegenheit noch einmal das Anliegen in Erinnerung, zur Minderung der Lärmbelastung für die angrenzenden Wohngebiete als Zwischenlösung bis zur Fertigstellung der in Rede stehenden Lärmschutzwand wenigstens ein temporäres Tempolimit einzurichten, und bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass man dieser Anregung bisher nicht gefolgt ist.

Herr Hein nimmt zu diesen Ausführungen Stellung und verweist hier auf das nach wie vor bei der Bezirksregierung anhängige Verfahren.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

11. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

12. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

13. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**13.1. Prüfauftrag X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 19.01.2012
Vorlage: 14/1626**

Herr Nettekoven fasst die dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zu Grunde liegenden Überlegungen noch einmal zusammen und betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass die CDU-Fraktion bei ihren Überlegungen davon ausgegangen sei, dass die mit der in Rede stehenden Maßnahme verbundenen Kosten nicht den städtischen Haushalt belasten.

Herr Küster begrüßt den Vorschlag zum Aufbau eines Röntgenstrahlen-Kunstwerkes an der BAB A1, empfiehlt allerdings, bei den weiteren Betrachtungen nicht unbedingt die Abbildung des Zeichens „X“ wie von Herrn Nettekoven erwähnt in den Fordergrund zu stellen, um nicht die Ideenfindung für das besagte Kunstwerk in dem hier angesprochenen Ideenwettbewerb mit einer solchen Vorgabe bereits von vornherein einzuschränken. Für die Durchführung des Ideenwettbewerbs selbst bietet Herr Küster seine beratende Unterstützung an.

Herr Hennig bewertet diese Initiative durchweg positiv, empfiehlt allerdings, bei den weiteren Überlegungen und Planungen das Hauptaugenmerk nicht auf die alleinige Darstellung des Zeichens „X“ zu richten, da man mit diesem Symbol international unterschiedliche begriffliche Inhalte verbinde, die keinerlei Bezug zu der Person und dem Wirken von Wilhelm-Conrad Röntgen hätten.

Frau Velte stellt den Antrag nach Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, dem Röntgen-Kuratorium Würzburg e. V., der Deutschen Röntgengesellschaft e. V. sowie der Fördergesellschaft des Deutschen Röntgenmuseums Gespräche aufzunehmen, um den Aufbau eines Röntgenstrahlen- (X-Ray) Kunstwerkes an der Autobahnausfahrt Remscheid-Lennep / Lüttringhausen-Nord zu prüfen. Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt, die genaue Standortfrage sowie die Möglichkeit und konkrete Durchführung eines Ideenwettbewerbs für ein solches Kunstwerk zur Erinnerung an Wilhelm Conrad Röntgen zu prüfen.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 2 -

**14.1. Ausstellung von Glasnegativen im Deutschen Röntgen-Museum
- Anfrage Herr Küster**

Herr Küster bittet die Verwaltung um Auskunft, ob und inwieweit es möglich ist, die nach seiner Kenntnis im Archiv des Deutschen Röntgen-Museums lagernden Glasnegative aus der Zeit des künstlerischen Wirkens von Wilhelm Conrad Röntgen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Frau Velte schlägt vor, diese Anfrage mit der entsprechenden Antwort der Verwaltung zuständigkeithalber an den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung zur weiteren Beratung zu geben.

**15. Festsetzung der Überschwemmungsgebiete für den Morsbach und den Müggenbach Stellungnahme der Stadt Remscheid zum o.g. Verfahren
Vorlage: 14/1269**

Die der Drucksache 14/1269 beigelegten Anlagen – dies sind der Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes des Morsbaches von km 0,00 bis km 13,83 und des Müggenbaches von km 0,00 bis km 0,47 im Regierungsbezirk Düsseldorf sowie Lagepläne mit Kennzeichnung der von dieser Verordnung erfassten Bereiche im Stadtgebiet – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird beschlossen, dem Entwurf der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes des Morsbaches und des Müggenbaches zuzustimmen.

**16. Handlungsprogramm Wohnen
Vorlage: 14/1534**

(zurückgestellt !)

**17. BP 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
Vorlage: 14/1396**

Die der Drucksache 14/1396 beigelegten Anlagen – die sind der Bebauungsplan Nr. 329 A – Gebiet: südwestlich der Baisieper Straße, der Bebauungsplanentwurf Nr. 640 – Gebiet: Erich-Thienes-Straße sowie die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 640 – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt der Bezirksvertretung 2 – Süd (zu Punkt 1) und dem Haupt- und Finanzausschuss (zu den Punkten 2-4), folgenden Beschluss zu fassen:

1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) Nr. 1, § 13 Abs. 2 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan 640 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 640 die Grundzüge der Planung zum BP 329 A nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

2. Verzicht auf frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 und § 13 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 640 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 640 die Grundzüge der Planung zum BP 329 A nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

3. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) und § 13 BauGB

Für den Bebauungsplan 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans 640 erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele festgeschrieben werden:

Aufhebung der derzeitigen planungsrechtlich festgesetzten Nutzung öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Kinderspielplatz der Kategorie C, stattdessen Festsetzung im Rahmen der Umsetzung des rechtswirksamen FNP, Landwirtschaftliche Nutzfläche mit dem Hinweis Landschaftsschutzgebiet.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 640 gemäß § 2 (1) BauGB,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 640 gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- sowie den Hinweis, wo sich die Öffentlichkeit über die Planung informieren kann und dass sie sich innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

4. Offenlagebeschluss gemäß § 3 (2) und § 13 BauGB

Der Entwurf des Bebauungsplans 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan 640
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können.
- und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

- 18. BP 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle (vereinfachtes Verfahren)**
- 1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB**
 - 2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB**
 - 3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB**
 - 4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB**
- Vorlage: 14/1515**

Frau Stippe Kohl merkt an dieser Stelle an, dass man der Verwaltung im Zuge der Beratung der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid nahegelegt habe, mit den anderen Eigentümern der an das Plangebiet angrenzenden Grundstücke Gespräche aufzunehmen und ihnen die übrigen, für eine öffentliche Nutzung nicht mehr benötigten Teilflächen des hier angesprochenen Grundstücks, etwa im Wege einer weiteren Aufteilung auf die jeweiligen Anlieger, zum Kauf anzubieten.

Frau Strüwe-Rosenbaum nimmt zu den Ausführungen Stellung und teilt mit, dass die Verwaltung bereits entsprechende Verkaufsgespräche mit den Anliegern führe bzw. vorbereitet habe.

Auf Nachfrage von Herrn Mähler bestätigt Frau Strüwe-Rosenbaum, dass ein Teil des in Rede stehenden Grundstückes tatsächlich von einem Anlieger so, wie im Verlauf der Beratung der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid bereits beschrieben, genutzt werde. In ihren weiteren Ausführungen geht Frau Strüwe-Rosenbaum auf die Hintergründe näher ein und weist zugleich darauf hin, dass die Verwaltung hier bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet habe.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Mähler beschreibt Herr Schubert das Preisfindungsverfahren für die von der Verwaltung zum Kauf anzubietenden Grundstücksteilflächen und sagt zu, dass die Verwaltung den Ausschuss zu gegebener Zeit über das Ergebnis ihrer Verkaufsverhandlungen unterrichten werde.

Die der Drucksache 14/1515 beigefügten Anlagen – die sind die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 331 – 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring

und Ibacher Mühle, der Bebauungsplanentwurf Nr. 331 – 1. Änderung sowie der Bebauungsplan Nr. 331 – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt der Bezirksvertretung 1 – Alt Remscheid (zu Punkt 1) und dem Haupt- und Finanzausschuss (zu den Punkten 2-4), folgenden Beschluss zu fassen:

1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) Nr. 1, § 13 Abs. 2 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan 331 1. Änderung wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 331 1. Änderung die Grundzüge der Planung zum BP 331 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

2. Verzicht auf frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 und § 13 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 331 1. Änderung wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 331 1. Änderung die Grundzüge der Planung zum BP 331 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

3. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) und § 13 BauGB

Für den Bebauungsplan 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans 331 1. Änderung erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele festgeschrieben werden:

Aufhebung der derzeitigen planungsrechtlich festgesetzten Nutzung öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Kinderspielplatz der Kategorie C, stattdessen Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 331 1. Änderung gemäß § 2 (1) BauGB,

- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 331 1. Änderung gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- sowie den Hinweis, wo sich die Öffentlichkeit über die Planung informieren kann und dass sie sich innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

4. Offenlagebeschluss gemäß § 3 (2) und § 13 BauGB

Der Entwurf des Bebauungsplans 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan 331 1.Änderung
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und das nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können.

und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

19. Beschluss über den Mehr- und Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 327 – Baisieper Straße, Baisieper Hof, Struck-, gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB Vorlage: 14/1400

Die der Drucksache 14/1400 beigelegten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 327 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Mehr- und Minderausbau im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 327 betroffenen öffentlichen Verkehrsflächen – werden als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der abweichende Ausbau (Mehr- und Minderausbau) der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes 327 wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr.1 und 2 BauGB beschlossen.

20. Beschluss über den Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Fluchtlinienplanes Nr. 41 - Lobach-Dicke Eiche - gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB
Vorlage: 14/1508

Die der Drucksache 14/1508 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Fluchtlinienplan Nr. 41 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Minder- und Mehrausbau der im Bereich des rechtsverbindlichen Fluchtlinienplanes Nr. 41 – Lobach-Dicke Eiche – betroffenen öffentlichen Verkehrsflächen – werden als **Anlage 7** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Fluchtlinienplanes Nr. 41 – Lobach-Dicke Eiche - wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB beschlossen.

21. Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Richard-Lindenberg-Platzes
Vorlage: 14/1517

Im Zuge der Aussprache greift Frau Stippe Kohl die Nachfrage von Herrn Mähler nach einem möglichen Starttermin für die Umsetzung des in Rede stehenden Projektes auf und bittet die Verwaltung darum, dem Ausschuss möglichst kurzfristig eine aktualisierte Jahresplanung zur Verwendung der Nahverkehrspauschale für 2012 mit der hier angesprochenen Maßnahme der Aufstellung einer Wartehalle als Element zur Gestaltung des Richard-Lindenberg-Platzes zur Beratung vorzulegen, damit der Ausschuss möglichst frühzeitig die aus seiner Sicht notwendigen Prioritäten setzen und an den Haupt- und Finanzausschuss entsprechende Empfehlungen aussprechen könne.

Die in der Begründung der Drucksache 14/1517 enthaltenen Ausführungen zu den einzelnen Bauteilen des Vorhabens sowie die der Drucksache beigefügten zeichnerischen Darstellungen und Ansichten zu dem vorgeschlagenen Gestaltungskonzept für den Richard-Lindenberg-Platz werden als **Anlage 8** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Bezirksvertretung beschließt das vorliegende Gestaltungskonzept und die Planung gemäß Anlagen 1 bis 4.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Aufstellung der Wartehalle sollen schnellstmöglich in die Jahresplanung der Nahverkehrspauschale eingebracht werden.
3. Sollte die Finanzierung der Bauteile Pkt. 1 bis Pkt. 3 gesichert sein, ist in einem 1. Bauabschnitt die Platzumgestaltung vorzunehmen.

gez.

Jutta Velte
Vorsitzende

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer